

Leitartikel

Neulandesverrat

Die Angst der Mächtigen führte zur SPIEGEL-Affäre und zu den Attacken gegen Netzpolitik.org.

Die Inhalte waren nicht entscheidend, damals nicht, diesmal nicht. Damals, 1962, hatten unsere Vorgänger in der SPIEGEL-Redaktion eine zwar wichtige und investigative, aber doch sperrige und gewiss nicht landesverräterische Geschichte zusammengetragen. „Der Kanzler verließ seine Hauptstadt Bonn. Wie der Führer zu Beginn des Westfeldzuges am 10. Mai 1940 frühmorgens, bezog er einen Befehlsbunker in der Eifel.“ So beginnt jener berühmteste Text der SPIEGEL-Geschichte, rund 8000 Wörter und 16 Seiten lang. Das Nato-Manöver „Fallex 62“ habe erwiesen, so steht es da, dass im Kriegsfall die deutsche Lebensmittelversorgung ähnlich schnell zusammenbrechen würde wie das Sanitätswesen; bis zu 15 Millionen Westdeutsche würden einen Atomkrieg nicht überleben. Deutschland sei „zur Abwehr bedingt geeignet“, dieses Fazit der Nato zitierten unsere Vorgänger.

Stolz waren sie zunächst nicht. Rudolf Augstein schwenkte im Konferenzraum das Heft und fragte: „Hat wohl keiner gelesen?“ Titelauteur Conrad Ahlers sagte: „Eine mühsame Lektüre. Nur für besonders interessierte Leser verdaulich.“ Als Augstein inhaftiert war, 103 Tage lang, war er nicht ganz der furchtlose Chef, den sich die Redaktion gewünscht hätte; eigentlich habe er die Geschichte nicht einmal gelesen, sagte er den Ermittlern. Als er freikam, war Augstein angstfrei und Strauß der Geprügelte.

Geschichte, so Karl Marx, ereigne sich zweimal, zunächst als Tragödie und dann als Farce. Diesmal also hat das Blog Netzpolitik.org geschrieben, dass im Bundesamt für Verfassungsschutz eine neue Einheit daran arbeiten solle, massenhaft Internetinhalte wie Kontaktlisten oder Facebook-Verbindungen zu überwachen (siehe Seite 24). Die Betreiber des Blogs, Andre Meister und Markus Bechedahl, sind so keck wie kundig, recherchieren, kuratieren und kommentieren gekonnt, und weil sie sich nicht überschätzen, fanden sie jene Texte, um die es nun geht, nicht weiter gefährlich. Die Pläne des Verfassungsschutzes waren gar nicht so neu, waren längst ein Gesprächsthema in Berlin.

Landesverrat, damals, 1962? Und allen Ernstes heute wieder, im Sommer 2015? Neulandesverrat*?

Damals, 1962, war Dieter Wild 31 Jahre alt und Redakteur im Ressort Deutschland II, und er verdiente 1500 Mark im Monat; in den Neunzigerjahren war er unser stellvertretender Chefredakteur. Dieter Wild erzählt, dass die Staatsmacht 1962 gegen den SPIEGEL ausgerückt sei, um ihn zu zerstören; „es war eine kriegsmäßige Besatzung, der ganze Speersort in Hamburg voller Polizeiwagen“. Siegfried Buback, Erster Staatsanwalt, habe dann in der Redaktion gestanden und die

Druckfahnen gelesen, „ein Akt der Zensur“, so Wild. Die Redaktion habe „Bedrückung und ernsthafte Sorge“ empfunden.

Das ist heute anders. Das dümmliche Verfahren muss und wird eingestellt werden; bei Netzpolitik.org sorgt man sich kaum mehr, angeblich lachen sie dort schon wieder.

Es gibt dennoch so manches, was beide Fälle verbindet. Damals wie heute sollten Informanten gejagt werden, das war Regierungen und ihren Helfern wichtiger als der Schutz der Pressefreiheit. Und es stimmt etwas nicht im politischen System, wenn die Justiz den Diensten dient und beide sich gegen Medien verbünden; und wenn Staatsanwälte und Generalbundesanwälte für politische Interessen verheizt werden können, wenn also (damals) ein Verteidigungsminister oder (heute) ein Verfassungsschutzchef die Justiz missbrauchen können. Es braucht mindestens starke und vom übrigen Kabinett unabhängige Justizminister und eher noch eine Debatte über die Freiheit von Justiz und Presse in neuen Zeiten.

Denn vor allem waren und sind da die Unsicherheit und die Angst der Regierenden in einer Phase des Wandels. 1962 waren Obrigkeit und Bundeswehr Autoritäten, Männer entschieden, ob ihre Gattin arbeiten durfte, der Feind stand im Osten. Der SPIEGEL war anders, fragte, kritisierte. Strauß („Die Schweine, jetzt haben wir sie endlich.“) ertrug diesen Augstein nicht, Adenauer witterte einen „Abgrund von Landesverrat“, beide sahen, dass in der Republik etwas Neues und bedrohlich Freies anfang. „1962 begann das Jahr 1968“, so Franziska Augstein.

Heute weiß die Bundesregierung, dass sie sich verstrickt hat in eine Affäre, in der sie ursprünglich ein Opfer

war. Sie weiß, dass sie unfähig ist, die eigenen Bürger vor nur noch offiziell befreundeten Geheimdiensten zu schützen. Sie traut sich aber nicht, noch immer nicht, der NSA und den USA Grenzen zu ziehen, gibt keine Fehler zu, erklärt nichts, schweigt bloß, regiert nicht. Angela Merkel hat von dem Angriff auf Netzpolitik.org wahrscheinlich nichts gewusst; aber was da passiert ist, passt in ihre Amtszeit: auf keinen Fall gegen die große NSA antreten – immer auf die Kleinen.

Und die Geheimdienste sehen, dass ihre Arbeitsgrundlage verschwindet: Geheimnisse. Alles kann herauskommen, falls es denn digitale Spuren hinterlassen hat; und alles hinterlässt digitale Spuren. Wie geht man mit neuer Ungewissheit um?

Man kann eine veränderte Gegenwart als Abenteuer begrüßen. Strauß konnte das nicht, und erstaunlich ist, dass auch die amtierende Regierung und ihre Helfer das nicht schaffen. 53 Jahre später. Dass es eine plumpe Wutattacke war, wieder solch ein Racheakt verunsicherter älterer Herren, das ist das Jämmerliche, was die beiden Affären verbindet.

Klaus Brinkbäumer

Twitter: @Brinkbaeumer

Dieser Artikel wurde nachträglich bearbeitet.

* Eine Wortschöpfung des Kollegen Moritz Stadler, 26.



Büro des Bloggers Bechedahl